



KOMMUNALER PRÄVENTIONSRAT DES LANDKREISES ROSTOCK

Im Kommunale Präventionsrat des Landkreises Rostock arbeiten ca. 20 Expertinnen und Experten aus der Polizei, Verwaltung, Verbänden und Beiräten. Sie setzen sich landkreisweit und ressortübergreifend für Kriminalprävention ein.

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen.



Welche Aufgabe hat die Kriminalprävention?

Im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention wird frühzeitig, konsequent und ursachenorientiert in einem breit angelegten Ansatz vor Ort reagiert.

» Kriminalprävention ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei und Justiz. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. «

Erarbeitete präventive Strategien orientieren sich an Risiko- und Schutzfaktoren, die aus Metaanalysen empirischer Forschung abgeleitet werden.

Wie arbeitet der Kommunale Präventionsrat im Landkreis Rostock?

Agieren nicht reagieren. Regelmäßige Vernetzungstreffen des KPR informieren über die aktuelle Sicherheitslage und setzen sich frühzeitig im Rahmen der Prävention und Intervention auseinander. Regionale Schwerpunkte werden analysiert, Projekte initiiert, Maßnahmen und Strukturen werden vernetzt und transparent dargestellt.

Wer arbeitet im Kommunalen Präventionsrat?

Der Kommunale Präventionsrat (KPR) ist ein Netzwerk aus ca. 20 Expertinnen und Experten aus der Polizei, Verwaltung, Organisationen und Einrichtungen, die sich landkreisweit und ressortübergreifend für Kriminalprävention engagieren.

Wozu einen Kriminalpräventionsrat in den Gemeinden, Ämtern und Städten?

Kriminalitätsvorbeugung ist langfristig vor Ort erfolgreich, denn Kriminalität wird zuerst unmittelbar in den Kommunen wahrgenommen, wirkungsvoll analysiert und beeinflusst. Bürgerinnen und Bürgern werden über Kriminalitätsphänomene, Vorgehensweisen und Maschen von Straftätern sowie Möglichkeiten zur Vorbeugung und Verhinderung von kriminellen Ereignissen informiert.

Wann gründete sich der Kommunale Präventionsrat im Landkreis Rostock?

Der Kommunale Präventionsrat (KPR) gründete sich auf Landkreisebene mit dem Beschluss des Kreistages vom 21. März 2012 auf seiner konstituierenden Sitzung am 16.10.2012.

Weshalb einen Kommunalen Präventionsrat auf Landkreisebene?

Aufgabe des KPR ist die Initiierung, Förderung und Koordination eines ressortübergreifenden und interdisziplinären Austauschs zwischen Akteurinnen und Akteuren. Es zeigt sich, dass es zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Unterschiede geben kann. In einer zunehmend digitalisierten und vernetzten Welt haben Falschmeldungen einen erheblichen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.

Prävention in der Kommune zielgenau und wirksam planen mit Communities That Care (CTC)

Was bedeutet CTC?

CTC ist kein Projekt, sondern eine Strategie, die als Prozess verstanden wird. Die Methode "CTC - Communities That Care" hat zum Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zielgenauer, wirksamer und im Erfolg überprüfbar zu machen. Vorhandene Bedarfe und Ressourcen in der Prävention können mit CTC ermittelt, sowie effektive Maßnahmen und Programme "nach Maß" eingesetzt werden. CTC unterstützt Präventionsakteure dabei, Schutzfaktoren zu stärken und Risikofaktoren zu verringern. Schutz- und Risikofaktoren lassen sich messen und sind in den Bereichen Familie, Individuum, Freundeskreis, Schule und soziales Umfeld zu finden.

Welche Schutz- und Risikofaktoren am vordringlichsten zu bearbeiten sind, hängt von der jeweiligen kommunalen Auswertung ab. Deren Wirkung ist auf lokaler Ebene wissenschaftlich nachgewiesen.

Der in den USA entwickelte Ansatz wurde vom Landespräventionsrat Niedersachsen nach Deutschland übertragen.



Rechtliche Grundlage

§ 1 Absatz 2 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes
Mecklenburg-Vorpommerns (SOG M-V).

Darin heißt es:

*„Unbeschadet der Zuständigkeit der
Polizei zur vorbeugenden Bekämpfung von
Straftaten (§ 7 Absatz 1 Nummer 4) sollen
staatliche und nichtstaatliche Träger öffentlicher
Aufgaben im Rahmen ihres jeweiligen gesetzlichen
Zuständigkeitsbereichs zusammenwirken und
zur Vermeidung strafbarer Verhaltensweisen
(Kriminalprävention) beitragen.“*

Weitere Arbeitsgrundlagen sind die jeweils gültige
Richtlinie zur Förderung von Projekten der Kriminali-
tätsvorbeugung vom Ministerium für Inneres, Bau und
Digitalisierung MV, Landesrat für Kriminalitätsvorbeu-
gung M-V sowie die Geschäftsordnung des Kommunalen
Präventionsrates (KPR).



Sicherheits- und Ordnungsgesetzes MV

<https://www.landesrecht-mv.de/>

Welche Fördermöglichkeiten gibt es?

Beim Kommunalen Präventionsrat können Träger aus
dem Landkreis Rostock Fördermittel für Projekte, die
einen kriminalpräventiven Ansatz haben und unmit-
telbar zur Verhinderung von Kriminalität beitragen,
Fördermittel beantragen.



Finanz. Förderung (gemäß Förderrichtlinie)

<https://www.service.m-v.de/foerderfibel/>

Weitere Fördermöglichkeiten

Beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV können
Kommunale Präventionsräte sowie freie Träger, Insti-
tutionen und Einzelpersonen, die in MV im Sinne der
Kriminalitätsvorbeugung tätig sind, Fördermittel für die
Durchführung von Präventionsprojekten, beantragen.



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV

<https://www.kriminalpraevention-mv.de/>

Zuwendungsvoraussetzungen

Freie Träger, Institutionen oder Einzelpersonen, die im
Sinne der Kriminalitätsvorbeugung tätig sind und den
Sitz und Wirkungsbereich im Landkreis Rostock haben

Gefördert wird praktische Kriminalpräventionsarbeit
wie Diskussionsrunden, Vorträge und Webinare zu Prä-
ventionsthemen zu den Themen:

- » Medien- und Kommunikationsaufklärung
- » Aufklärung und Prävention von Cybermobbing
- » Gewalt gegen Frauen und sexualisierte Gewalt
- » Förderung von Sicherheit in Schulen
- » Seniorenkriminalitätsprävention
- » Jugendkriminalität

KONTAKT

Landkreis Rostock

Büro für Gleichstellung und Kriminalprävention
Kommunaler Präventionsrat

🏠 August Bebel Straße 3, 18209 Bad Doberan

Ansprechperson

Marion Starck | Gleichstellungsbeauftragte

☎ 03843 - 755 124 00

✉ kriminalpraevention@lkros.de

🌐 www.lkros-gleichstellung



Senioren-sicherheits-beraterinnen und -berater

Senioren-sicherheits-beraterinnen und -berater sind pensionierte Polizeibeamte, die ehrenamtlich und kostenfrei über Kriminalitätsrisiken informieren. Durch unzureichende Vorsichtsmaßnahmen und zu großes Vertrauen werden ältere Menschen nicht selten Opfer von Dieben und Betrügern. Sie sensibilisieren für Gefahrensituationen und stärken das Sicherheitsgefühl der älteren Generation.



Weitere Informationen

<http://www.lkros-gleichstellung.de/>



Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) bietet Informationsmaterialien zu vielen Bereichen der Kriminalitätsvermeidung. Ziel ist es Multiplikatoren und Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität aufzuklären und Möglichkeiten zu deren Verhinderung anzubieten. Dies geschieht vor allem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten.



Weitere Informationen

<https://www.polizei-beratung.de/startseite-und-aktionen/>



Sicherheit macht Schule

Das Qualitätssiegel "Sicherheit macht Schule" wird für vorbildliche Präventionsarbeit gegen Gewalt und Kriminalität an Schulen im Landkreis Rostock vom Innenministerium, Landesrat für Kriminalitätsvermeidung MV vergeben.



Weitere Informationen

<http://www.lkros-gleichstellung.de/>



Landespolizei

Die Landespolizei arbeitet mit vielen Akteuren zusammen. Kriminalprävention umfasst alle vorbeugenden Maßnahmen, welche die Begehung von Straftaten verhindern können.



Weitere Informationen

<https://www.polizei.mvnet.de/Pr%C3%A4vention/KRIM/>



Das Bündnis für Opferschutz

Das Bündnis für Opferschutz ist Teil des Kommunalen Präventionsrates, hier findet ein themenspezifischer Fachaustausch mit Expertinnen und Experten statt. Strategien, Konzepte und Leitlinien mit Maßnahmen werden



Weitere Informationen

<http://www.lkros-gleichstellung.de/gleichstellung/opferschutz/>

für den Landkreis formuliert und Handlungsempfehlungen an KPR, Ausschüsse und Kreistag gegeben.